

SPD Walluf kritisiert Innenministerium wegen erneuter Verschiebung des Termins für die Bürgermeisterwahl

Die SPD Walluf kritisiert das hessische Innenministerium für dessen Haltung zum neuen Wahltermin für die Wallufer Bürgermeisterwahl 2020 scharf. Dieser war am 4. Juni durch einen einstimmigen Beschluss der Gemeindevertretung für den 8. November 2020 neu festgelegt worden. Diesem Beschluss musste Bürgermeister Manfred Kohl aus Gründen der Rechtssicherheit nun widersprechen, da der Hessische Städte- und Gemeindebund eine Stellungnahme des Innenministeriums mit Auslegungshinweisen erhalten hatte, die besagt das Gesetz zur Verschiebung der hessischen Bürgermeisterwahlen lasse für Walluf nur Wahlen am 1. November 2020 oder dem 14. März 2021 zu, aber nicht dazwischen, wodurch der 8. November als Wahltermin nicht rechtmäßig sei, erklärt SPD-Ortsvereinsvorsitzende Johannes Ossa.

„Ich bin offen gesagt entsetzt über die Position des Innenministeriums in dieser Sache. Das bedeutet, dass wir nun schon zum dritten Mal in diesem Jahr über einen Termin für die Bürgermeisterwahl entscheiden müssen. Man kann den Bürgerinnen und Bürgern nur schwer vermitteln, warum die Frage des Wahltermins immer noch nicht abschließend geklärt ist. Auch für die Kandidaten und die sie unterstützenden Fraktionen ist dieses Hin und Her ein schwer erträglicher Zustand“, kommentiert der SPD-Vorsitzende Johannes Ossa den Vorgang.

Für ihn sei die Ansicht des Innenministeriums obendrein auch sachlich schwer nachzuvollziehen. Immerhin lege der Wortlaut des entsprechenden Gesetzes nur fest, dass es aufgrund der Corona-Pandemie keine Direktwahlen **vor** dem 1. November gebe dürfe. Über den Zeitraum danach ließe sich auch in der Gesetzesbegründung keine beschränkende Formulierung finden, lediglich der Hinweis auf die rechtlich mögliche Zusammenlegung mit der Kommunalwahl 2021, führt Johannes Ossa weiter aus.

„Es wäre daher außerordentlich zu begrüßen gewesen, wenn das Ministerium schon im Vorfeld auf die betroffenen Kommunen zugegangen wäre und die Rechtslage klar dargestellt hätte, damit Situationen wie diese erst gar nicht entstehen. Stattdessen lässt man die Kommunalparlamente an dieser Stelle im luftleeren Raum hängen und zwingt dann auch noch die Bürgermeister dazu entsprechenden Beschlüssen zu widersprechen. Ich möchte dem Innenministerium an dieser Stelle raten sich zu überlegen, ob man in Zukunft nicht lieber mit den kommunalen Gremien in solchen Fragen zusammenarbeitet und nicht weiterhin gegen sie, wie dies hier der Fall war“, erklärt der Wallufer SPD-Chef. ,

„Solche bürokratischen Vorgänge erschüttern das Vertrauen der Bevölkerung in die kommunalen Gremien und erwecken den Eindruck, dass diese nicht in der Lage wären rechtskonforme Beschlüsse zu fassen. Dabei ist es die Landesregierung, die mit ihrer fehlerhaften Informationspolitik hier für Fehler und Verwirrungen sorgt. Da uns als verantwortungsvolle Fraktion jedoch an Klarheit und Rechtssicherheit in dieser wichtigen Frage gelegen ist, werden wir für die nächste Sitzung der Gemeindevertretung beantragen, die Wahl nun hoffentlich endgültig für den 1. November zu terminieren“, erklärt Johannes Ossa abschließend.